



Mobilitätsausschuss

Niederschrift über die 34. Sitzung des Mobilitätsausschusses am 16. April 2024

Sitzungsraum: Raum 126/127 der Kreisverwaltung, Carl-Heydemann-Ring 67
in 18437 Stralsund

Sitzungsdauer: 17:00 - 19:07 Uhr

Anwesenheit:

Ausschussmitglieder

Herr Steffen Bartsch-Brüdgam

Herr Alexander Benkert

Herr Stefan Giese

Heiko Körner

Frau Andrea Kühl

Herr Mathias Löttge

Herr Rolf Martens

Herr André Meißner

Frau Julia Präkel

Herr Thomas Schulz

Frau Anita Zimmermann

Sitzungsleitung

Stellvertreter/-in

Herr Lutz Gelzenleuchter

Vertretung für Herrn Prof. Dr.
Wetenkamp

Herr Thomas Haack

Vertretung für Frau von
Buddenbrock

Herr Marvin Müller

Vertretung für Herrn Bauch

Von der Verwaltung

Frau Karen Hoppenrath

FDL 02

Herr Frank Stallbaum

FDL 43

Herr Thomas Baase

SB Verkehrsplanung/ÖPNV

Frau Susanne Gottschalk

SB gewerbl. Verkehr

Herr Oliver Hack

SB Radwege/Verkehrsplanung

Frau Manuela Redlich

SB Kreistagsangelegenheiten

Gäste

Herr Ulrich Sehl

Geschäftsführer VVR

Herr Stefan Wendt

VVR

Herr Constantin Pitzen

Geschäftsführer

Fahrplangesellschaft B&B mbH

Es fehlen:

Vorsitzender

Herr Marco Jahns

entschuldigt

Ausschussmitglieder

Herr Mario Bauch

entschuldigt

Frau Friederike von Buddenbrock

entschuldigt

Herr Prof. Dr. Ludwig Wetenkamp

entschuldigt

Tagesordnung

- Öffentlicher Teil -

1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
2. Einwohnerfragestunde
3. Bestätigung der Tagesordnung
4. Bestätigung der Niederschrift vom 16. Januar 2024
5. Informationen zur Taxiversorgung im Landkreis Vorpommern-Rügen
6. Aktuelle Informationen zur Prioritätenliste für Radwege an Landesstraßen
7. Informationen zum Förderprogramm „Klimaschutz durch Radverkehr“
8. Anfragen
9. Mitteilungen

- Nichtöffentlicher Teil -

10. Bestätigung der Niederschrift nichtöffentlicher Sitzungsteil vom 16. Januar 2024
11. Vorstellung des integralen Taktfahrplan (ITF) Nordvorpommern und Rufbus
12. Anfragen
13. Mitteilungen

Sitzungsergebnis

- Im öffentlichen Teil -

1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Martens eröffnet als 1. stellvertretender Ausschussvorsitzender die 34. Sitzung des Mobilitätsausschusses und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß geladen wurde und der Mobilitätsausschuss mit 13 von 15 Ausschussmitgliedern beschlussfähig ist.

2. Einwohnerfragestunde

Herr Martens weist daraufhin, dass sich die Einwohneranfragen nicht auf einen Tagesordnungspunkt der Sitzung beziehen dürfen.

Herr Schernell, Einwohner aus Lohme, stellt folgende Einwohneranfragen:

1. Wie weit ist das Thema „Rufbus“ im Landkreis Vorpommern-Rügen fortgeschritten? (aktueller Sachstand)
2. Wann ist damit zu rechnen, dass diese flächendeckend auch im Landkreis Vorpommern-Rügen eingeführt werden?

Frau Hoppenrath teilt mit, dass die Anfragen schriftlich beantwortet werden.

Weitere Anfragen werden nicht gestellt.

3. Bestätigung der Tagesordnung

Anmerkungen werden nicht vorgetragen.

Der Mobilitätsausschuss bestätigt einstimmig die Tagesordnung.

4. Bestätigung der Niederschrift vom 16. Januar 2024

Anmerkungen oder Ergänzungen werden nicht vorgetragen.

Der Mobilitätsausschuss bestätigt einstimmig bei zwei Enthaltungen die Niederschrift vom 16. Januar 2024.

5. Informationen zur Taxiversorgung im Landkreis Vorpommern-Rügen

Herr Benkert betritt die Sitzung um 17:06 Uhr (14/15)

Frau Gottschalk führt anhand eines Berichtes zur Taxiversorgung in den Nachtstunden im Landkreis Vorpommern-Rügen aus.

Der Bericht ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Herr Schulz bittet um eine Definition des Wortes “semiprofessionell”.

Frau Gottschalk teilt mit, dass der Gutachter mit dem Wort semiprofessionell gemeint habe, dass diese nicht rechtskonform arbeiten, bspw. durch Schwarzarbeit oder Bezahlung nur in bar auf die Hand.

Herr Meißner beantragt das Rederecht für Herrn Thedran, Vereinsvorsitzender des Landesverbandes für das Taxi- und Mietwagengewerbe MV e.V und Herrn Gurk, Geschäftsführer Rügentaxi.

Der Mobilitätsausschuss räumt Herrn Thedran und Herrn Gurk einstimmig für den Tagesordnungspunkt das Rederecht ein.

Herr Gurk merkt an, dass die nächtliche Taxiversorgung für die Unternehmen schwierig sei. Wenn das Unternehmen an bspw. Silvester mehr Taxen bereitstelle, nutzen viele Bürger/innen lieber den ÖPNV. Personal für die ganze Nacht einzuplanen rechne sich nicht, da mit ein bis zwei Fahrten in den Nachbarort die Kosten nicht gedeckt seien. Er habe sich auch bemüht in Binz einen Taxiplatz zu bekommen, was jedoch scheitere. Die Zusammenarbeit mit dem ÖPNV gestalte sich ebenfalls schwierig. Wenn ein Bus kaputt gehe oder eine Panne habe, erwarte man die sofortige Bereitstellung der Taxiunternehmen. Ansonsten werden die Taxen in den Linienverkehr nicht mit einbezogen, obwohl die Busse gerade in den Abendstunden oftmals leer seien.

Dazu komme, dass auch bei den Taxiunternehmen der Fachkräftemangel spürbar sei, ergänzt **Herr Thedran**.

Herr Löttge führt aus, dass die Expertise der Taxifahrer/innen und die des Verbandes für das Gutachten unbedingt mit einbezogen werden sollten. Heute finde ein erster Informationsaustausch zu diesem Thema statt. Nach Erstellung des Gutachtens müsse sich nach der neuen Konstituierung des Kreistages und seiner Gremien der neu gewählte Mobilitätsausschuss weiterhin mit dem Thema befassen.

Herr Meißner merkt an, dass der Ausschuss zukünftig beleuchten müsse, wie man die Taxifahrten besser in den ÖPNV einbinden könne.

Herr Giese erfragt den Unterschied für den Verbraucher zwischen einem Taxi und einem Mietwagen und bittet um Klärung, weshalb ein Mietwagen den Taxifahrern die Gäste wegnehme.

Herr Thedran erklärt, dass mit Mietwagen nicht die Autovermietungen sixt, avis usw. gemeint seien. Der Unterschied beider Formen liege bei den behördlichen Auflagen. Bei einem Taxi sei der Preis festgelegt, da diese an die Taxiordnung gebunden seien. Mit einem Taxi darf man unterwegs Gäste aufnehmen und auch an Taxiständen auf neue Gäste warten. Bei einem Mietwagen gebe es weniger Auflagen und keine Konzessionierung. Einen Mietwagen könne man mithilfe geringer finanzieller Mittel beantragen. Diese dürfen jedoch nicht an Taxiständen halten und müssten nach der Fahrt direkt zur Dienststelle zurückfahren. Der große Vorteil sei die Freiheit der Preisgestaltung. Mittlerweile gebe es mehr Mietwagen als Taxen.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Herr Martens bedankt sich bei den Beteiligten für die Ausführungen.

6. Aktuelle Informationen zur Prioritätenliste für Radwege an Landesstraßen

Herr Hack stellt anhand einer Präsentation das Prioritätenkonzept zum Radwegebau an Landesstraßen vor.

Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Herr Benkert merkt an, dass bspw. die Planungen der zweiten Halbddekade schon vor 10 Jahren in Planung gewesen sei und sich diese wieder um weitere 10 Jahre nach hinten schiebe. Man könne sich auch leider nicht sicher sein, ob nicht in drei bis fünf Jahren die Prioritätenliste wieder anders aussehe.

Herr Stallbaum teilt mit, dass der Radweg Born-Wieck nicht aufgeführt sei, da das

Land damals schon signalisierte, dass sie die Empfehlung des Kreistages zur Kenntnis nehmen, die Finanzierung jedoch aufgrund des auslaufenden Förderprogramms nicht gesichert sei und somit nicht ins Lückenschlussprogramm des Landes aufgenommen wurde. Das bedeute, dass dieser Radweg in den nächsten 10 Jahren in Hinblick auf das Prioritätenkonzept des Landes nicht berücksichtigt werde.

Frau Präkel merkt an, dass dem Kreistag nichts anderes übrigbleibe, als sich mit Druck an die Landesregierung zu wenden.

Herr Löttge stimmt Frau Präkel zu.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

7. Informationen zum Förderprogramm „Klimaschutz durch Radverkehr“

Herr Hack stellt anhand einer Präsentation das Förderprogramm “Klimaschutz durch Radverkehr” vor.

Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Herr Martens erfragt, ob unter der Zusammenarbeit mit den Gemeinden verstanden werde, dass der Landkreis ebenfalls finanzielle Mittel einbringe oder diene die Zusammenarbeit als Hilfestellung bei der Antragsstellung.

Herr Stallbaum erklärt, dass der Landkreis in Zusammenarbeit mit den Gemeinden Konzepte und Förderanträge entwickelt. Bei einem Zuschlag und der Aushändigung des Fördermittelbescheids müsse ein Vertrag geschlossen werden, der die finanzielle Verantwortung aufteile und regele. Einen Eigenanteil müsse jede Seite einbringen. Da die Maßnahmen frühestens den nächsten Haushalt betreffen, werden diese Gelder in den Haushaltsplanungen für 2025 berücksichtigt.

Herr Giese erfragt, was derzeit 1 km Radweg inklusive der Kosten für den Grunderwerb koste.

Herr Stallbaum antwortet, dass der Preis zwischen 500.000 € und 1.000.000 € pro km Radweg liege. Die Grunderwerbskosten betragen zwischen 3,50 € und 10 € pro qm².

Herr Giese fragt nach, ob mehr Radewegeausbau realistisch überhaupt umsetzbar sei, bezogen auf die Verfügbarkeit von Baufirmen.

Herr Stallbaum führt aus, dass er sich um die Ausführung weniger Sorgen mache. Bei der Verfügbarkeit von Planern werde es schon etwas enger, aber Lösungen können dann gefunden werden. Wenn von vornerein nur Probleme aufgezeigt werden, brauche man mit der Umsetzung nicht anfangen.

Herr Körner teilt mit, dass er sich aus Sicht der Stadt Ribnitz-Damgarten über die gemeinsame Projektidee freuen würde, um den Radfahrern eine bessere Qualität und Sicherheit zu schaffen. Derzeit müsse man als Radfahrer auf der Rostocker Straße fahren.

Herr Giese merkt an, dass man das Programm unter dem Gesichtspunkt der Sicherheit der Radfahrer benennen und betrachten sollte und nicht unter dem Punkt Klimaschutz.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Herr Martens bedankt sich bei Herrn Stallbaum und Herrn Hack für die Ausführungen.

8. Anfragen

Anfragen werden nicht gestellt.

9. Mitteilungen

Herr Baase informiert, dass zunächst ein Beschluss zur Satzung des Deutschlandtickets für den kommenden Kreistag am 27. Mai 2024 geplant gewesen sei. Von dieser Idee sei die Verwaltung abgewichen. Ein neuer Beschluss werde gemeinsam mit Hinblick auf den neuen Haushalt für das Jahr 2025 für den Herbst dieses Jahres angepeilt. Zudem habe der Landkreis vom Landkreistag als auch vom Land mehrere Schreiben erhalten, welche die Finanzierung für das Jahr 2024 sicherstellen. Aus diesem Grund sei ein übereilter Beschluss nicht notwendig.

Weiterhin teilt **Herr Baase** mit, dass der Kreistag Vorpommern-Rügen im letzten Jahr einen Beschluss gefasst habe, die Direktvergabe der Nahverkehrsleistungen wieder an die VVR zu vergeben. Der jetzige Vertrag laufe im September nächsten Jahres aus. Das heißt, dass der Landkreis vorab europaweit öffentlich bekannt machen müsse wieder eine Direktvergabe zu planen. Aus diesem Grund habe sich die Verwaltung in den letzten Monaten intensiv mit der Vorabbekanntmachung beschäftigt. Fristgerecht zum 1. April 2024 wurde dies öffentlich bekannt gemacht, was in dem EU-Amtsblatt oder auf der Homepage des Landkreises Vorpommern-Rügen einsehbar sei. Derzeit befinde man sich in der 3-Monats-Frist, wo abgewartet werde, ob eigenwirtschaftliche Anträge eingehen. Derzeit fange man auch an, den neuen öffentlichen Dienstleistungsauftrag (öDA) zu erarbeiten, welcher nach Fertigstellung dem Kreistag zur Beschlussfassung vorgelegt werde.

Weitere Mitteilungen werden nicht vorgetragen.

Herr Martens bedankt sich bei Herrn Baase für die Ausführungen und schließt den öffentlichen Teil der Ausschusssitzung.

27.06.2024, gez. R. Martens

Datum, Unterschrift
Rolf Martens
1. Stellv. d. Ausschussvorsitzenden

27.06.2024, gez. M. Redlich

Datum, Unterschrift
Manuela Redlich
Protokollführerin